Stand: 08.11.2025 14:15:25

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/20056

"Subsidiarität - Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU über ein Katastrophenschutzverfahren der Union, COM (2017) 772 final, BR-Drs. 756/17"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/20056 vom 16.01.2018
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/20302 des BU vom 23.01.2018
- 3. Beschluss des Plenums 17/20463 vom 30.01.2018
- 4. Plenarprotokoll Nr. 122 vom 30.01.2018



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

16.01.2018 Drucksache 17/20056

Antrag

der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow, Dr. Martin Huber, Alexander König, Alfred Sauter, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Mechthilde Wittmann CSU,

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU über ein Katastrophenschutzverfahren der Union, COM (2017) 772 final, BR-Drs. 756/17

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU über ein Katastrophenschutzverfahren der Union, COM (2017) 722 final, BR-Drs. 756/17, Subsidiaritätsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrates auf die Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden.

Der aktuelle Vorstoß der EU-Kommission entspricht nicht dem Regelungsgehalt des Art. 196 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), der eigene Kompetenzen der EU im Bereich des Katastrophenschutzes ausschließt.

Die EU hat auf diesem Gebiet lediglich eine subsidiäre Zuständigkeit, wonach sie sich gem. Art. 196 AEUV auf Maßnahmen zur Unterstützung, Koordinierung oder Ergänzung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten zu beschränken hat.

Auch wird durch Art. 196 Abs. 2 AEUV jegliche Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten auf diesem Gebiet ausgeschlossen.

Etwaige Maßnahmen der Europäischen Union zur Unterstützung, Koordinierung und Ergänzung dürfen gem. Art. 2 Abs. 5 AEUV nicht an die Stelle der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten treten.

Im Hinblick auf die in den Mitgliedstaaten bereits vorhandenen Katastrophenschutzressourcen ist der Aufbau von EU-eigenen Kapazitäten weder erforderlich noch angemessen und würde auch eine Änderung von Art. 196 AEUV erfordern.

Die Verantwortung der Mitgliedstaaten zur Verhütung und Bewältigung von Katastrophen sowie das Prinzip der Verhältnismäßigkeit müssten strikt beachtet werden.

Es ist nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar, wenn die Gemeinschaft eigene Katastrophenschutz-Einheiten aufstellt.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

23.01.2018 Drucksache 17/20302

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow u.a. CSU, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Drs. 17/20056

Subsidiarität

Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU über ein Katastrophenschutzverfahren der Union, COM (2017) 772 final, BR-Drs. 756/17

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: Dr. Franz Rieger
Mitberichterstatter: Georg Rosenthal

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen.
- Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 69. Sitzung am 23. Januar 2018 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung SPD: Ablehnung FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

Dr. Franz Rieger Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

30.01.2018 Drucksache 17/20463

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow, Dr. Martin Huber, Alexander König, Alfred Sauter, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Mechthilde Wittmann CSU,

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/20056, 17/20302

Subsidiarität

Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU über ein Katastrophenschutzverfahren der Union, COM (2017) 772 final, BR-Drs. 756/17

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU über ein Katastrophenschutzverfahren der Union, COM (2017) 722 final, BR-Drs. 756/17, Subsidiaritätsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrates auf die Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden.

Der aktuelle Vorstoß der EU-Kommission entspricht nicht dem Regelungsgehalt des Art. 196 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), der eigene Kompetenzen der EU im Bereich des Katastrophenschutzes ausschließt.

Die EU hat auf diesem Gebiet lediglich eine subsidiäre Zuständigkeit, wonach sie sich gem. Art. 196 AEUV auf Maßnahmen zur Unterstützung, Koordinierung oder Ergänzung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten zu beschränken hat.

Auch wird durch Art. 196 Abs. 2 AEUV jegliche Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten auf diesem Gebiet ausgeschlossen.

Etwaige Maßnahmen der Europäischen Union zur Unterstützung, Koordinierung und Ergänzung dürfen gem. Art. 2 Abs. 5 AEUV nicht an die Stelle der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten treten.

Im Hinblick auf die in den Mitgliedstaaten bereits vorhandenen Katastrophenschutzressourcen ist der Aufbau von EU-eigenen Kapazitäten weder erforderlich noch angemessen und würde auch eine Änderung von Art. 196 AEUV erfordern.

Die Verantwortung der Mitgliedstaaten zur Verhütung und Bewältigung von Katastrophen sowie das Prinzip der Verhältnismäßigkeit müssten strikt beachtet werden.

Es ist nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar, wenn die Gemeinschaft eigene Katastrophenschutz-Einheiten aufstellt.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun rufe ich den Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Die Nummer 17 der Anlage ist von der Abstimmung ausgenommen. Dies ist der Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Zusätzliche Stellen für die Verwaltungsgerichte" auf Drucksache 17/18801, der auf Wunsch der SPD-Fraktion gesondert beraten werden soll. – Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktionen FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Fraktionslose Abgeordnete sind nicht anwesend. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

 Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow u. a. CSU, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU über ein Katastrophenschutzverfahren der Union,

COM (2017) 772 final,

BR-Drs. 756/17

Drs. 17/20056, 17/20302 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A		Α

 Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow u. a. CSU, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Einrichtung des Europäischen Währungsfonds,

COM(2017) 827 final,

BR-Drs. 750/17

Drs. 17/20057, 17/20303 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für

Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	Α

zur 122. Vollsitzung am 30. Januar 2018

3.	Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow u. a. CSU, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Subsidiarität Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen in der Europäischen Union,				
	COM(2017) 797 final, BR-Drs. 777/17 Drs. 17/20058, 17/203	04 (G)			
	Votum des federführer Bundes- und Europaar		regionale Beziehunger	1	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
		A		A	
Antr	äge				
4.	Antrag der Abgeordner Verena Osgyan u. a. u Lehrbeauftragte an Ho Für eine faire Vergütur Drs. 17/18322, 17/195	ind Fraktion (BÜNDNIS ochschulen besserstelle ng	S 90/DIĔ GRÜNEN)		
	Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen II – Interessenvertretung und Mitbestimmung ermöglichen Drs. 17/18323, 17/19519 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Z

Anlage 1
zur 122. Vollsitzung am 30. Januar 2018

6.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen III – Dauerstellen für Daueraufgaben Drs. 17/18324, 17/19520 (A)				
	Votum des federführer Wissenschaft und Kun				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	
7.	Antrag der Abgeordner Verena Osgyan u. a. u Lehrbeauftragte an Ho Aufstiegs- und Entwick Drs. 17/18325, 17/195	nd Fraktion (BÜNDNIS chschulen besserstelle dungschancen ermögli	S 90/DIĚ GRÜNEN) en IV –		
	Votum des federführer Wissenschaft und Kun				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	
8.	Antrag der Abgeordner Natascha Kohnen u. a Bürger vor Krankheit s Drs. 17/17857, 17/199	. SPD chützen – Lärm durch		reduzieren	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
9.	Antrag der Abgeordner Thomas Mütze u. a. ur Evaluation der Novelle Drs. 17/18334, 17/199	nd Fraktion (BÜNDNIS der Handwerksordnu	90/DIE GRÜNEN)		
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	

Anlage 1
zur 122. Vollsitzung am 30. Januar 2018

10.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Runder Tisch stationärer Einzelhandel Drs. 17/18336, 17/19970 (A)				
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	A	ENTH	Z	
11.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Der Wertschätzung Ausdruck verleihen – Ein Rentenfonds für Lehrbeauftragte an bayerischen Hochschulen Drs. 17/18400, 17/19522 (A)				
	Votum des federführer Wissenschaft und Kun				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	Z			
12.	und Fraktion (FREIE WÄHLER) Erhöhung von Serviceorientierung und Bürgernähe – Ausbau "Bürgerservice Justiz" Drs. 17/18452, 17/19599 (A)				
	Votum des federführer Verfassung, Recht und				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				
13.	 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Für eine aktive Erinnerungskultur: Rolle und Bedeutung der Zwangsarbeiter in Bayern Drs. 17/18497, 17/19523 (E) 				
	Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	

zur 122. Vollsitzung am 30. Januar 2018

14.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
	Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
	Evaluation der Zentralen Ausländerbehörden
	Drs. 17/18658, 17/20067 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Zentrum Bayern Familie und Soziales zukunftsfest ausstatten Drs. 17/18711, 17/19587 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Eric Beißwenger u. a. CSU Kooperationsprojekt "Silphie" Drs. 17/18786, 17/19592 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Dr. Paul Wengert, Horst Arnold u. a. SPD Zusätzliche Stellen für die Verwaltungsgerichte Drs. 17/18801, 17/20066 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der Antrag wird gesondert beraten

zur 122. Vollsitzung am 30. Januar 2018

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Plastikmüll vermeiden – Das Projekt "Refill Deutschland" in Bayern fördern und unterstützen Drs. 17/19096, 17/19750 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u. a. CSU Änderung bei Vorortkontrollen / Cross Compliance-Kontrollen Drs. 17/19210, 17/19746 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z